Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 379. Abendblatt. Freitag, den 17. August. 1866.

Deutschland.

□ **Berlin**, 16. August. Der politische Horizont, an dem es vor Kurzem sowohl im Osten als im Westen einigermaßen zu dunkeln begann, ist jetzt vollständig aufgeklärt und jede Besorgniß vor einem drohenden Wetter gehoben. Die Sendung des Generals v. Manteuffel nach Petersburg hat ihren Zweck in jeder Beziehung auf das glücklichste erreicht: die Beziehungen zwischen Preußen und Rußland werden durch die neue Ordnung der Dinge in Deutschland keinerlei Trübung erfahren, und alle Spekulationen gewisser Kreise auf desfallsige Einmischung des Petersburger Kabinets haben sich, wie auch Kundigere von Anfang an nicht anders annahmen, als völlig nichtig erwiesen. Auch ist ein längeres Handschreiben des Kaisers Alexander an Se. Majestät den König hier eingetroffen, welches von den unverändert freundschaftlichen Gefühlen des Monarchen, sowie von dem bereitwilligen Eingehen auf die durch General v. Manteuffel gemachten Eröffnungen Zeugniß ablegt. Daß auch nach Westen zu Alles klar und heiter wieder aussieht, wird ja jetzt von allen Seiten einstimmig bestätigt. Erwähnt muß an dieser Stelle werden, daß die zum so und so vielten Male auftauchenden Gerüchte von dem Verkaufe der Saarbrücker Werke ganz eben so grundlos sind, wie seither, — und die „Börsen-Zeitung", welche sich dismal mit besonderer Emphase zum Organe jener Gerüchte gemacht hat, mag sich nur vollständig beruhigen. Es darf bestimmt versichert werden, daß in Regierungskreisen von einer Veräußerung der Saarbrücker Werke mit keiner Sylbe die Rede ist. Noch gestatten Sie mir, was das Verhältniß zu Frankreich betrifft, kurz auf die Behauptung der „Indépend." zu kommen; die Thronrede habe urspruuglich einen für Frankreich anerkennungsvollen Passus enthalten, dieser sei aber in Folge der durch Herrn von Benedetti hier gemachten Eröffnungen herausgenommen, und in Folge dessen der die auswärtigen Angelegenheiten behandelnde Theil der Thronrede so unverhältnißmäßig kurz ausgefallen. Die Sache ist aber die, daß mehrere Staaten, weil der Friede mit ihnen noch nicht abgeschlossen, die Stellung zu denselben also noch nicht klar war, von vorne herein in der Thronrede nicht wohl erwähnt werden konnten, und daß die Erwähnung der fremden Staaten (und also auch Frankreichs) deshalb überhaupt unterblieben ist. Das Intermezzo mit Frankreich steht mit Inhalt und Fassung der Thronrede auch nicht in der allerentferntesten Beziehung. — Die Vorlagen wegen der zu inkorporirenden Länder dürften morgen erfolgen. Im Zusammenhange mit dieser Angelegenheit haben die Blätter berichtet, daß Gr. Bismarck sich unwohl befinde. Dies ist Gottlob durchaus nicht der Fall. Gr. Bismarck ist nur noch gestern bei dem Könige zum Vortrag gewesen.

Berlin. 17. Angust. Der König empfing gestern Vormitmittags einige höhere Offiziere und hielt darauf von 10 Uhr ab mit dem Kriegsminister v. Roon, den Generalen v. Moltcke, von Alvensleben, v. Tresckow ꝛc. eine Militär-Konferenz ab, die bis 1 Uhr Mittags dauerte. Vorher waren nur die Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher zum Vortrag empfangen worden.

— Die Königin ist einer gestern Mittags aus Koblenz hier eingegangenen Depesche zufolge im besten Wohlsein mit dem Gefolge daselbst eingetroffen. Die hohe Frau gedenkt, bis zum Tage vor dem Einzuge der Truppen in Berlin, in Koblenz zu verweilen und dann mit dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, der Prinzessin Karl und der Prinzessin Friedrich Karl wieder in Berlin einzutreffen.

— Der Ministerpräsident Graf Bismarck begab sich am Mittwoch Nachmittags, nach dem Schlusse des Ministerrathes im Königl. Palais, in das Hotel Royal und hatte dort mit dem baierischen Minister v. d. Pfordten eine Unterredung, die etwa eine Stunde dauerte.

— Der Gesandte v. Savigny nnd der badische Minister von Freydorff begaben sich am Mittwoch Abend 8 Uhr zu einer Konferenz in das auswärtige Amt.

— Der Ministerialrath Freiherr v. Lobkowitz und der Oberstlieutenant im General-Quartiermeisterstabe, Weiß, aus München hier eingetroffen, statteten gestern dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, dem Kriegsminister v. Roon ꝛc. Besuche ab.

— Der Prinz Nikolaus von Nassau ist am Donnerstag früh von Wiesbaden hier eingetroffen und im Hotel du Nord abgestiegen. Der ehemalige badische Minister v. Roggenbach, welcher in demselben Hotel wohnt, machte dem Prinzen bald nach der Ankunft einen Besuch.

— Seit 14 Tagen tragen die Mannschaften des Kaiser Franz- und Kaiser Alexander-Regiments, welche sich in Berlin befinden, anstatt der Säbel Bajonnette an der Seite, mit Ausnahme der Unteroffiziere und Spielleute, welche noch mit Faschinenmessern versehen sind.

— Der Adreß-Entwurf der Fortschrittspartei (von Herrn Waldeck und Genossen eingebracht) scheint von Mitgliedern dieser Partei selbst bekämpft zu werden; wenigstens zieht die „Nat.-Ztg." vom 15. August sehr energisch gegen ihn zu Felde; der Einfluß gewisser Rheinländer und der Ultramontanen, die sich immer noch an Oesterreich klammern, sei darin unverkennbar. Rheinischer Radikalismus, verkapptes Oesterreicherthum hätten ihre Kuckuks-Eier hineingelegt.

— Die gegenwärtige Session des Landtages wird der „Berl. Ref." zufolge nicht, wie man Anfangs angenommen, höchstens sechs Wochen dauern, sondern eine viel längere Dauer in Anspruch nehmen, welche möglicherweise im September durch eine vierwöchige Vertagung unterbrochen werden wird.

— Das Herrenhaus hält heute Mittag 12 Uhr eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen die Kommissionsberichte über folgende Verordnungen: betreffend die Einstellung des Civilprozeßverfahrens gegen Militärpersonen, das Verbot der Veräußerung von Geschützen und anderem Kriegsbedarf, die Verlegung des Umschlagstermins in Neuvorpommern und die Zuweisung der in den Elbherzogthümern stehenden Truppen zum 1. Potsdamer Wahlbezirk.

— Hr. Benedetti wird bald zurückerwartet. Die Nachricht, daß er schon gestern eingetroffen sei, ist irrthümlich.

— In der Fortschrittspartei bereitet sich eine Spaltung vor. Ein Theil derselben beabsichtigt die Bildung einer besondern, mehr nach dem Centrum neigenden Fraktion.

— Die seiner Zeit von der Kantons-Regierung Thurgau mit Beschlag belegten Gelder und Kassabücher des Oberamtmanns von Haigerloch sind diesem nun zurückgestellt worden, nachdem Preußen wieder Besitz von Hohenzollern ergriffen hat.

— Aus Keitum, 14. August, telegraphirt man der „Fl. N. Z.": An Se. Maj. den König ist heute von der Insel Silt eine Adresse mit 117 Unterschriften abgesandt.

— Das Direktorium des Potsdamschen großen Militär-Waisenhauses macht im „Staats-Anzeiger" bekannt, daß für jedes Kind, dessen Vater im Kriege gefallen, oder in Folge erhaltener Wunden gestorben ist, ein Pflegegeld bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahre bewilligt wird, und die im Alter zwischen 6 und 12 Jahren befindlichen Kinder, wenn es gewünscht wird, in Erziehungs-Anstalten aufgenommen werden. Zur Vereinfachung des Geschäftsganges ist es wünschenswerth, daß die betreffenden Anträge: 1) für die auf dem Lande wohnenden Kinder durch die betreffenden Königlichen Landrathsämter, 2) für die in den Städten wohnenden Kinder durch die Magisträte, 3) für die in Berlin wohnenden Kinder Seitens der Mutter direkt, an das unterzeichnete Direktorium, Wilhelmsstraße Nr. 81 hierselbst, gerichtet werden. Diesen Anträgen ist: 1. der amtliche Nachweis über den Tod des Vaters, aus welchem der Truppentheil und die militärische Charge ersichtlich sein muß; 2. die Taufscheine der Kinder uud 3. ein amtlicher Nachweis über die Dürftigkeit beizufügen. — Das Direktorium macht schließlich darauf aufmerksam, daß eine Verzögerung der Anträge den Betheiligten nur Nachtheile bringen kann, da insbesondere eine Zahlung des Pflegegeldes für eine rückliegende Zeit nicht zuläßig ist.

— Die Adreß-Kommission des Abgeordnetenhauses hielt heute Vormittag von 10 Uhr ab ihre erste Sitzung, welcher der Minister v. d. Heydt und die Regierungs-Kommissarien Volny und Geh. Rath Wagener (Abgeordneter) beiwohnten. — Der Referent Dr. Virchow empfiehlt mit den in seinem Antrage enthaltenen Aenderungen den Waldeckschen Adreßentwurf. Korreferent Gr. Bethusy-Huc legt einen Adreßentwurf vor. Er will den Konflikt nicht mehr berührt wissen, weil durch die neue Gestaltung Preußens und Deutschlands derselbe werde erledigt werden; er wünscht, daß die Kommission zunächst darüber schlüssig werde, ob sie nicht einen, wenn auch nicht in der Form, so doch dem Inhalte nach farblosen Entwurf dem Hause empfehlen wolle. Dann könne die Adresse von allen Parteien ohne Diskussion angenommen werden. Graf Bethusy empfiehlt außerdem den Entwurf Blanckenburg, hat auch nichts gegen den Entwurf des Abgeordneten v. Vincke einzuwenden, bekämpft aber den Gneist'schen Entwurf. Hr. v. Vincke vertheidigt seinen Entwurf gegen den Gneist'schen und Virchow'schen. Redner vertheidigt seinen Entwurf, würde sich aber, falls derselbe verworfen werden sollte, für den Blanckenburg'schen erklären, dann müßte aber der Passus, die innern Streitigkeiten betreffend, amendirt werden. — Abg. v. Blanckenburg hätte gewünscht, daß dem Auslande gegenüber das preußische Abgeordnetenhaus einig erschienen, daß die Parteizwistigkeiten beseitigt worden wären. Aus diesem Grunde hätte Alles vermieden werden müssen, was den alten Streit wieder anregen könnte. Er will sich gern die Amendirung über das Budgetrecht gefallen lassen. — Abg. Waldeck hält eine farblose Adresse für unmöglich. Selbst im Interesse der Regierung müsse das unbedingte Budgetrecht berührt werden, weil ohne dieses Recht das ganze übrige Deutschland Preußen mit dem größten Mißtrauen entgegentreten würde. — Abg. Gneist will zwei Dinge in der Adresse nicht vermissen: 1) die Erwähnung der verlangten Indemnität und 2) die Anerkennung des Entgegenkommens, welche die Thronrede in diesem Punkte dokumentirt hat. Er will auch die Erfolge der jetzigen Politik anerkannt wissen; andererseits müsse aber die innere Politik mit der äußeren in Einklang gebracht werden. — Hiermit ist die General-Diskussion geschlossen. Referent Dr. Virchow widerlegt die gegen seinen Entwurf gemachten Einwürfe, worauf das Wort nimmt der Finanzminister v. d. Heydt: Der Minister-Präsident v. Bismarck sei am Erscheinen verhindert; er wolle ihm aber nicht vorgreifen. Nur über die finanziellen Punkte in der Debatte wolle er sich auslassen. Die Thronrede habe den Konflikt für immer beseitigen wollen. Die Meinungsverschiedenheiten über das Budgetrecht dürften doch meist theoretischer Natur bleiben, weil die Regierung nichts unterlassen würde, um jede Veranlassung zu neuen Konflikten zu vermeiden. Er gebe anheim, diesen Punkt in der Adresse nicht zu berühren, weil die Diskussion darüber eher schädlich als nützlich sein könnte. Der Abg. Reichensperger u. Gen. haben einen besonderen Entwurf eingebracht. Die Sitzung wird um 2 Uhr vertagt, weil dieser und der farblose Entwurf des Grafen Bethusy-Huc vor der Fortsetzung der Berathung gedruckt werden soll. Nächste Sitzung morgen. Es liegen nunmehr 7 Entwürfe vor und man erwartet außerdem für heut ein von den Polen gestelltes Amendement.

Altona, 14. August. Wie der „Merkur" erfährt, ist neben den Adressen, welche Einverleibung der Herzogthümer in Preußen wünschen, hier eine Adresse in Umlauf, welche sich speziell mit dem Schicksal Altonas befaßt und die Vereinigung desselben mit Hamburg erbittet.

Darmstadt, 15. August. (Oberhessen.) Man giebt sich viele Mühe, den Leuten glaubhaft zu machen, daß die Provinz Oberhessen unserem Lande erhalten bleibeu soll. Von welcher Seite diese Versicherungen ausgehen, ob sie wahr sind und welchen Zweck sie haben, ist nicht ganz klar. Das aber steht fest, die „A. Z." hat mit ihrer Behauptung aus Darmstadt: „Würde heute abgestimmt, das hessische Volk würde sich einstimmig in diesem Sinne aussprechen" (nämlich gegen die Trennung Oberhessens), einen argen faux pas gemacht, denn die Leute begreifen hier, daß es in dem ueuen Bundesstaat gut sein wird und am Ende nicht darauf ankommt, ob Oberhessen im Bunde preußisch oder hessisch wird.

Kassel, 13. August. Heut Morgen besuchte der General-Gouverneur v. Werder die polytechnische Schule und wohnte von 8½ bis 12 Uhr den Prüfungen in derselben bei. Während des 30jährigen Bestehens der Anstalt hatte nur zwei- oder höchstens dreimal ein Mitglied des Ministeriums persönlich von den Zuständen dieser wichtigen Anstalt Notiz genommen, um so erfreulicher war es daher, an dem heutigen Besuche zu sehen, daß die neue Regierung ein weit regeres Interesse als die bisherige an der Anstalt nimmt. Man darf nun wohl sicher hoffen, daß die Uebel, an denen dieselbe seit Jahren krankte, endlich gehoben werden.

Aus **Frankfurt a. M.**, 14. August, berichtet die „Fr. B. Z.": Gegenwärtig hält sich Gouverneur Jos. A. Wright, Gesandter der Vereinigten Staaten von Nordamerika am Hofe zu Berlin, in hiesiger Stadt auf, wo er im „Englischen Hof" Quartier genommen hat. Derselbe wird sich von hier in Begleitung des amerikanischen Generalkonsuls, Herrn William Walton Murphy, demnächst nach Stuttgart begeben. Herr Wright ist schon seit längerer Zeit damit beschäftigt, mit den verschiedenen deutschen Regierungen einen Vertrag zu Stande zu bringen, nach welchem diejenigen deutsch-amerikanischen Bürger, welche von den Regierungen ihrer Geburtsstaaten noch in Folge nicht geleisteter Dienste als militärpflichtig angesehen werden, vollen amerikanischen Schutz gegen etwaige Zwangsmaßregeln genießen sollen. Die bevorstehende Umgestaltung Deutschlanes scheint der Realisirung dieses Zweckes bedeutend zu Hülfe zu kommen. Wenn wir recht unterrichtet sind, so würden solche amerikanische Adoptivbürger, die ein Jahr vor der Zeit ihrer Militärpflicht ausgewandert, drüben Bürger geworden und im Ganzen 10 Jahre abwesend gewesen sind, vollständig von der nachträglichen Forderung der Militärpflichtigkeit befreit sein.

Mainz, 13. August. Nach einer Reihe vorliegender Thatsachen zu schließen, werden die bürgerlichen und politischen Verhältnisse der Stadt für die nächste Zukunft unverändert bleiben und die militairischen in der Weise geregelt werden, daß Verwaltungs- und Besatzungsrecht zwischen Preußen und Baiern als Vormacht des Südens, nach dem Verhältniß des Territorialbesitzes geregelt und beiden Mächten überlassen wird, den übrigen Staaten entsprechende Mitwirkung zuzugestehen. Dieses jedoch unbeschadet der streng durchzuführenden einheitlichen Leitung aller Angelegenheiten des wichtigen Platzes. Die Unterverwaltungen werden organisirt und wahrscheinlich geschäftstüchtigern Leitern aus dem Bürgerstande untergeben werden; wenigstens scheint dieses Baierischerseits beabsichtigt zu sein, während der preußische Antheil der Verwaltung an dessen anerkannt geschäftstüchtige Beamte kommen wird. Die Inventarisirung des Festungseigenthums ist theilweise bereits im Gange, die Uebernahme soll in den nächsten Tagen erfolgen. Als Beginn der neuen Ordnung wird der 1. September bezeichnet.

Mainz, 13. August. Wie der „A. A. Ztg." von hier geschrieben wird, haben mit der Auflösung des 8. Armeekorps am 10. d. M. die kurhessischen Truppen die deutschen Armbinden abgelegt. Die Baiern haben sie niemals getragen.

Mannheim, 14. August. Der Durchzug hessen-darmstädtischer Truppen (nach der Provinz Rheinhessen) gab gestern der am Bahnhofe und in den Straßen versammelten Volksmenge Veranlassung zu Manifestationen, die Angesichts der derzeitigen preußischen Besatzung zum Mindesten nicht geeignet sind, das bestehende gute Einvernehmen zu befestigen. Trotz der inzwischen erfolgten bezirksamtlichen Aufforderung zur Unterlassung solcher unpassender Aeußerungen wiederholten sich bei den heutigen Durchzügen ähnliche Kundgebungen, so daß manchen Ortes die Straßen durch Husaren gesäubert werden mußten. Weitere Störungen fielen indessen nicht vor.

München, 12. August. Der Herzog von Nassau ist mit Gefolge aus Wien wieder hier angelangt. Vorher schon waren auch Prinz Nikolaus von Hessen und Prinz Philipp von Hanau hier eingetroffen. Auch der Erbprinz von Augustenburg mit seinen Räthen befindet sich hier.

München, 14. August. Wie vorauszusehen, war die gestrige Volksversammlung eine sehr bewegte. Hr. Kolb aus Stuttgart, extra zu dem Zweck hierhergekommen, die preußenfreundliche Bewegung zu hemmen, trug das Seine redlich herbei — den Erfolg konnte er doch nicht stören. — Mehr als 2000 Männer hatten sich eingefunden, mehr als dreimal so viel mußten wieder abziehen. Dennoch sind keine Excesse zu beklagen. Die Hauptredner waren Dr. Rubner (Vorsitzender), Dr. Gotthelf (Redakteur der Resolution), Kolb und Dr. Völk. Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen, obgleich Kolb das „Vasallenthum unter preußischer Herrschaft" perhorrescirte und zu beweisen suchte, der von ihm empfohlene „süddeutsche Staatenbund werde ein Hort der Freiheit" sein. Dr. Völk indeß rieth, abzustehen von alten Antipathien ꝛc., und die Parole lautete von da ab: „Anschluß an Preußen." Die von Kolb eingebrachten Resolutionen wurden bis auf drei, welche innere Angelegenheiten behandeln, sämmtlich verworfen. Diese letzteren lauten: 1. Unseren wackeren Soldaten sprechen wir Anerkennung und Dank aus für ihre Tapferkeit und Ausdauer; nicht sie tragen die Schuld des Mangels an Erfolg, sondern die Halbheit der politischen Leitung und die Unfähigkeit

der militärischen Führung; 2. der Fortbestand und das wirthschaftliche wie geistige Gedeihen der südwestdeutschen Staaten bedingt einen vollständigen Bruch mit dem bisherigen System; es setzt voraus eine allseitige Entwickelung auf Grundlage der Freiheit und der Selbstregierung des Volks; es fordert insbesondere die Herstellung einer volksthümlichen Heeresverfassung, durch welche gleichzeitig die Gesammtheit des Volks wehrhaft gemacht wird und die Verpflichtung zu jahrelangem Kasernendienst für immer beseitigt wird; 3. die Gefahren, welche der Volksfreiheit und der Integrität des deutschen Bodens an allen Grenzen des Vaterlandes, in der neuesten Zeit namentlich auch in der Pfalz bedrohen, sind Folgen der unseligen Gewaltspolitik. Diese Gefahren sind nur durch die Politik der innern Reform auf Grundlage des Rechts und der Volksfreiheit zu überwinden.

Wien, 13. August. Von offiziöser Seite, namentlich in der „K. Oesterr. Z." wurde als der passendste Ort für die Friedensunterhandlungen mit Italien Paris vorgeschlagen, da ja Oesterreich Venetien an Frankreich cedirt habe. Die „Presse" bemerkt dazu: „Warum man mit Italien in Paris unterhandeln muß, wenn doch (nach dem preußisch-italienischen Allianzvertrage) die Zustimmung König Victor Emanuel's zum Friedenswerk mit Preußen absolut nothwendig ist, geht nachgrade über jede Vorstellung! der kürzeste Weg zum Frieden und zur endlichen Befreiung von der so schwer auf Böhmen und Mähren lastenden feindlichen Okkupation würde über Prag führen, wo man sich mit Preußen und Italien zugleich verständigen könnte. Ein Pariser Friede zwischen Oesterreich und Italien mag im französischen Vortheile, aber sicherlich nicht im österreichischen Interesse liegen."

Wie aus Prag von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, soll schon in den nächsten Tagen ein großer Theil der in Böhmen dislozirten preußischen Armee ein Lager beziehen. Diese Maßregel soll in Folge des durch die großen Truppenanhäufungen beunruhigend gewordenen Gesundheitszustandes in den meisten kleinen Städten Mittelböhmens bedingt sein. Weiter verlautet, daß aus demselben Grunde schon jetzt größere Abtheilungen preußischer Truppen in ihre Heimath abrücken werden und in Böhmen außer den Truppen, welche das erwähnte Lager beziehen, nur die nöthigen Besatzungen zurückbleiben, um den definitiven Friedensabschluß, eventuell die gewonnenen Garantien wegen Zahlung der Kriegskosten-Entschädigung abzuwarten.

Der Postbetrieb in den okkupirten Landestheilen ist nunmehr im vollen Umfange wieder eröffnet und auch der Verkehr mit den übrigen Theilen des Kaiserstaats wieder hergestellt.

Horsitz (in Böhmen), 11. August. Heute Morgen rückte die 7. Kompagnie 23. Landwehr-Regiments von hier ab, von welcher acht Mann der Cholera erlegen waren. Vor dem Ausmarsche erbat sich der Feldwebel der Kompagnie, im Namen der Wehrleute, bei dem Etappen-Kommando die Erlaubniß, für die hier Verstorbenen noch eine Messe lesen lassen zu dürfen. Auf dem großen Marktplatze war im Nu ein Altar errichtet, ein Geistlicher erschien und die hiesige Stadtmusik, so wie das Sängerchor trugen dazu bei, diesen Gottesdienst im Freien noch feierlicher zu machen. Es war den braven Soldaten Bedürfniß, im Augenblicke des Scheidens ein Gebet noch für diejenigen zu verrichten, denen ein glückliches Wiedersehen der Ihrigen nicht beschieden.

— In Böhmen und Mähren sind sämmtliche Eisenbahnlinien, welche bei dem Rückzuge der Feinde Zerstörungen unterworfen waren, wieder hergestellt. Nur die Eisenbahnbrücke über die Elbe bei Kralup, welche nach dem Abschlusse der Waffenruhe von der Besatzung der Festung Theresienstadt zerstört worden war, ist nicht wieder gebaut, weil für Preußen jetzt kein Interesse hierzu vorliegt; denn der direkte Eisenbahnweg von Mähren nach Preußen liegt jetzt offen, nachdem eine Störung bei Königgrätz nicht mehr stattfindet. Es wird den Oesterreichern überlassen bleiben, dieses Zerstörungswerk selbst wieder gut zu machen.

Ausland.

Paris, 16. August. Bankausweis. Vermehrt: Baarvorrath um $5\frac{1}{3}$ Millionen Frcs. Vermindert: Portefeuille um 27, Vorschüsse auf Werthpapiere um $\frac{3}{10}$, Notenumlauf um $11\frac{1}{8}$, Guthaben des Schatzes um $1\frac{2}{5}$, laufende Rechnungen um $1\frac{1}{2}$ Millionen Frcs.

Paris, 14. August. Die „Spen. Ztg." schreibt: Mit einem Male ziehen die Pariser Blätter andere Saiten auf und wollen von Deutschland nichts wissen und nichts haben. Als Kuriosität, sagt das „Pays", habe es das Annexionsgelüste einiger Chauvins erwähnt, obgleich Herr de Cesena nicht einen Augenblick auch nur an die Möglichkeit der Realisirung geglaubt habe. Sogar der brave „Temps" ist bekehrt und kann nicht begreifen, wer einen so thörichten Gedanken fassen konnte, für Frankreich das von exaltirten deutschen Patrioten bewohnte linke Rheinufer zu verlangen, das hieße sich ein Venetien aufladen, meint Herr Nefftzer. Nein, eine andere Lösung zieme sich, doch tritt mit derselben das Blatt der Elsasser Fabrikanten noch nicht hervor! in dem Geräusche des morgen zu feiernden Nationalfestes könnten die Worte des „Temps" ungehört verhallen; „darum bleiben sie für den 16. d. erspart. Glücklicherweise ist aufgeschoben noch nicht aufgehoben. So schwenken die „Organe der öffentlichen Meinung". Vor einigen Tagen wurde in Gegenwart des Barons v. Budberg über den Alle beschäftigenden Gegenstand gesprochen. Der russische Botschafter meinte, er glaube nicht, daß Frankreich jetzt etwas verlangen und Preußen etwas gewähren werde. Kaum sei der „erste Aermel" des neuen Gewandes für Deutschland fertig. Die Südstaaten seien noch ledig und man lasse sie außerhalb des Nordbundes, weil sie die Aufgabe haben, Deutsch-Oesterreich herüberzuziehen, das Erzherzogthum von den nichtdeutschen Königreichen loszulösen. Erst dann, wenn Deutschland ganz unter Einen Hut gebracht und Italien Trient und einen Theil Tyrols erhalten habe, werde Frankreich hervortreten mit seinem Verlangen, sich zu kräftigen und Luxemburg und Belgien fordern. Bis dahin aber werden die Tuilerien bereitwillig zur Einigung Deutschlands ihre Hand bieten oder wenigstens neutral bleiben. Diese Ansicht des gewiegten Diplomaten findet sich merkwürdiger Weise bereits vor einigen Wochen auseinandergesetzt in dem radikalsten italienischen Blatte, dem „Pungolo" von Neapel, als dessen Mitarbeiter Baron v. Budberg schwerlich verdächtig sein kann. Das Blatt erklärt, weshalb grade das Petersburger Kabinet auf einen sofort zusammen zu berufenden Kongreß dringt: es möchte das Provisorium enden sehen oder doch Paris, Berlin und Florenz zwingen, offen mit der Sprache herauszugehen. Keine der drei Mächte jedoch hat Lust, auf eine Diskussion sich einzulassen, welche große politische Fragen, noch ehe sie reif geworden, aufs Tapet bringen und schwere Verwickelungen hervorrufen könnte.

London, 13. August. Die Königin mit den jüngeren Königlichen Kindern wird nach einem zweitägigen Aufenthalte in Windsor sich gegen den 24. d. nach Schottland begeben. Eben dahin werden auch Ende der Woche der Prinz und die Prinzessin von Wales — gegenwärtig in York — gehen, um die Jagdsaison in Abergeldie-Castle zuzubringen.

Rom, 12. August. Die Nachricht von der nahe bevorstehenden Räumung Roms hat in der neapolitanischen Kolonie viel Schrecken hervorgerufen. Die Königliche Familie hat ihre Werthsachen in großer Eile verkauft; der König unterhandelt mit dem Kaiser von Frankreich wegen Abtretung des Palastes Fanese und des Schlosses von Caprasola; die Königin hat ihre Perlen an die Fürstin Sciarra für 18 Millionen (sie sind 30 werth) verkauft und der Graf von Trapani die seinigen an den Juden Franzetti, — kurz die ganze Familie bereitet sich vor, um nach Amerika (?) auszuwandern.

Petersburg, 14. August. (Nat.-Ztg.) Bei der Geheimnißthuerei, mit der sich einerseits das Ministerium des Aeußern, andererseits die preußische Gesandtschaft hier umgiebt, ist es wohl nur sehr wenigen Personen gegönnt, über den Verlauf der Sendung des Generals Manteuffel Genaues zu wissen. Doch aber liegen mir gewisse Anzeichen vor, aus denen sich mit gutem Grunde entnehmen läßt, daß sich hier die preußenfreundliche Wandlung vollzieht, die ich schon in meinen letzten Briefen als unvermeidlich hinstellte. Auch das „Journal de St. Petersbourg" schlägt heute einen freundlicheren Ton an als bisher und begnügt sich damit, noch einmal darauf hinzuweisen, daß seine Wünsche für die Einberufung eines Kongresses sind; ob aber dieser zu Stande kommt, das wisse das Blatt nicht. Ob sich jene Wandlung in Folge der französischen Ansprüche vollzieht, ob durch die letzteren vielleicht die preußischen Forderungen eine Aenderung erfahren oder endlich, ob etwas Offizielles hinter der Aeußerung der „Zeidler'schen Korrespondenz" steckt, man müsse Rußland das Protektorat der Fürstenthümer anbieten, und ob man hier dieses Anerbieten annehmen zu können glaubt — das Alles weiß ich nicht. Ich konstatire blos das Faktum, daß vorläufig hier die Gegner Preußens, soweit sie zu den eingeweihten Kreisen gehören, eine reservirtere Sprache führen; ob es dabei bleiben wird, wollen wir bald sehen.

— Hier befaßt man sich jetzt in Regierungskreisen mit der Gründung der Bank, welche in den westlichen Gouvernements die Veräußerung der polnischen Güter erleichtern soll. Das Domänenministerium beansprucht zu diesem Zwecke einen Betrag von fünf Millionen Rubel, welche dazu verwendet werden sollen, die Verluste, welche diese Bank bei Ausgabe ihrer Obligationen (Hypothekenscheine) erleiden müßte, zu decken. In der betreffenden Vorlage wird angenommen, die Obligationen möchten zu 80 Prozent unterzubringen sein, und der Jahresverlust der Anstalt wird dann zu 800,000 Rubel angesetzt, wonach jene 5 Millionen schon in 6 Jahren erschöpft wären. Man begreift aber leicht, daß noch viel größere Einbußen eintreten könnten, sei es, daß mehr Obligationen ausgegeben werden, als man präliminirt, sei es, daß dieselben unter 80 Prozent angebracht würden, was nur zu wahrscheinlich ist, sei es endlich, daß man die Geschäftsleitung in unpraktischer Weise betriebe. Daher denn auch ein allerdings nur geringer Theil des Ministerraths die Sache bekämpft; eine Entscheidung soll in der heutigen Sitzung erfolgen. Dabei laufen auch administrative Bedenken mit; man macht geltend, daß man Jahre lang dazu gebraucht, um das Kreditwesen, das früher unter verschiedene Departements vertheilt gewesen, im Finanzministerium zu konzentriren, und daß nun wieder der Domänenminister mit der Prätension auftritt, die obige Bank unter seinem Ressort zu behalten. Man fürchtet augenscheinlich, das Finanzministerium, welches den Geldmarkt nur gern für seine eigenen Bedürfnisse schont, werde jener „patriotischen" Operation nicht die genügende Ausdehnung gewähren, um den Kapitalmarkt nicht zu belasten.

Von der russischen Grenze. Durch Kaiserlichen Ukas vom 17. v. M. ist mit Rücksicht darauf, daß durch Ukas vom 11. September 1864 die Körperstrafe im ganzen Umfange des russischen Kaiserreichs abgeschafft ist, den ländlichen Gemeindegerichten im Königreich Polen die Befugniß, auf Körperstrafen zu erkennen, entzogen und ihnen die Ermächtigung ertheilt worden, die Körperstrafen durch Geldstrafen bis zu 10 Rbl. zu ersetzen.

Bukarest. Man schreibt dem Pariser „Monde": Auch der Sultan in Konstantinopel fängt schon an, die Folgen des Sieges von Königgrätz zu verspüren. Prinz Carl von Hohenzollern, der vor zwei Monaten noch so bescheiden und demüthig seinem Oberlehnsherrn gegenüber sich benahm, hebt bereits das Haupt und möchte gern vom gleichen Standpunkte aus mit ihm unterhandeln. Er macht Gegenvorschläge, will sich nur einen schriftlichen Anerkennungsakt in Form eines Hatti-Scheriff gefallen lassen und nur 25000 türkische Pfund mehr, als früher, an Tribut bezahlen. Alle übrigen Hoheitsrechte nimmt er für sich in Anspruch und will sie selbstständig ausüben. Von einer Huldigungsfahrt nach Konstantinopel wäre natürlich keine Rede mehr. Kaum daß fernerhin noch eine türkische Agentur in Bukarest geduldet würde. Wäre es nur mit den rumänischen Finanzen besser bestellt, so würde Prinz Carl sich wohl schon unabhängig erklärt haben.

Türkei. Die Aufregung in Griechenland, welche durch die Ereignisse auf Candia genährt wird, scheint der türkischen Regierung ernste Besorgnisse einzuflößen. Wie aus Konstantinopel vom 11. d. gemeldet wird, ist im Divan die Sendung neuer Truppen an die griechische Grenze beschlossen worden; eine halbe Brigade unter dem Befehl Mohamed-Ali-Paschas sollte sofort nach dem Golf von Bolo abmarschiren.

Mexiko. Die Londoner „Morning-Post" enthält einen Artikel über Mexiko, der das Scheitern des neuen Kaiserthums fast mit dürren Worten eingesteht und fast eben so unverblümt zu verstehen giebt, daß Napoleon III. für seinen österreichischen Schützling nichts mehr zu thun vermöge. Bekanntlich gehörte die „Post" von Anfang an zu den ergebensten Verfechtern des mexikanischen Projekts.

Pommern.

Stettin, 18. August. Am neuen Holzbollwerk entstehen noch sehr häufig Löcher, durch welche der Verkehr wesentlich gefährdet wird. Das betheiligte Publikum klagt mit Recht darüber, daß in neuerer Zeit stets längere Zeit vergeht bis die nöthigen Reparaturen vorgenommen werden, indem dieselben nicht mehr, wie früher, einfach auf Anordnung der Polizei, sondern erst nach zeitraubender Besichtigung resp. Beschluß der Bau-Deputation ausgeführt werden.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil erkrankt: im 2. P.-R. 1, gestorben 1, im 3. Pol.-Rev. resp. 7 und 3, im 5. Pol.-Rev. 2 und 1; zusammen vom Civil erkrankt 10, gestorben 5; vom Militair keiner. Dies wieder ungünstigere Resultat dürfte wahrscheinlich seinen Grund in dem unvorsichtigen Genuß von Obst haben.

— Nach einem gestern eingegangenen Befehl sollen die Pferde der hier errichteten Festungs-Ausfall-Batterien vom 22. d. M. ab öffentlich verkauft, auch die überzähligen Mannschaften dieser Batterien entlassen werden. Dagegen bleiben die Festungs-Kompagnien vorläufig noch in der mobilen Stärke bestehen.

Stargard, 16. August. Dem Oberbürgermeister Delsa, dessen Amtszeit heute endigt, ward gestern Abend ein solennes Abschiedsständchen gebracht. Dem Vernehmen nach geht Hr. Delsa zunächst auf eine provisorische Stelle und wird daher seine Familie einstweilen hier zurücklassen, sodann soll derselbe beabsichtigen, definitiv in den Staatsdienst zurückzutreten. Vor Antritt seines hiesigen Kommunalamts war Hr. D. als Assessor bei der Regierung in Sigmaringen beschäftigt. Die Geschäfte des Oberbürgermeisters wird hier provisorisch der Beigeordnete, Stadt-Baurath Hintzpeter mit übernehmen, welchen in Betreff dieses Vicariats der Hr. Ober-Präsident zu einer Unterredung nach Stettin beschieden hatte.

Stralsund, 16. August. Zuverlässigen Mittheilungen zufolge rückt heute das Landwehr-Bataillon Stralsund von Hof wiederum nach Leipzig pr. Bahn ab und wird dort garnisoniren.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Schleswig, 17. August. Der „Altonaer Mercur" meldet von hier: Das Oberpräsidium hat die schleswigsche Regierung beauftragt, die Vorbereitungen zur Ausführung der Wahlen zum deutschen Reichstage zu treffen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 16. August, Vormittags. Angekommene Schiffe: Stolp (SD), Ziemke von Kopenhagen. Wind: W. Strom ausgehend. Revier $15\frac{5}{12}$ F. — 16. August, Nachmittags. Emma, Schütt von Stade; Borussia (SD), Eybe von Königsberg. Wind: NO. Strom ausgehend. Revier $15\frac{15}{12}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 17. August. Witterung: abwechselnd Regen, bewölkt. Temperatur: + 17° R. Wind: Süd-West.

Weizen fester, loco pr. 85pfd. gelber 66—$72\frac{1}{2}$ Rt. bez., 83—85pfd. gelber August $71\frac{3}{4}$ Rt. bez., September-Oktober $70\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Oktober-November $69\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Frühj. 69 Rt. Br., $68\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Roggen etwas fester, pr. 2000 Pfd. loco 45—$46\frac{1}{2}$ Rt. bez., August, August-September und September-Oktober 46 Rt. bez. u. Gd., Oktober-November $45\frac{3}{4}$ Rt. bez., November-Dezember $45\frac{3}{4}$ Br., Frühj. 46 Rt. bez.

Gerste loco pr. 70pfd. Oderbruch $40\frac{3}{4}$—$41\frac{1}{2}$ Rt. bez., neue schles. 41—$42\frac{1}{2}$ Rt. bez., in 3 Wochen Lieferzeit pr. Conn. $39\frac{1}{2}$ Rt. Br., Oderbruch bis 15. September zu liefern 69—70pfd. 39 Rt. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. $24\frac{1}{2}$—25 Rt. bez.

Erbsen, loco kleine Koch- 54 Rt. bez.

Rüböl unverändert, loco $12\frac{1}{4}$ Rt. bez., $12\frac{1}{3}$ Rt. Br., August $12\frac{1}{4}$ Rt. Br., September-Oktober $12\frac{1}{12}$ Rt. Br., 12 Rt. Gd., Oktober-November $12\frac{1}{12}$ Rt. Br., November-Dezember 12 Rt. bez.

Spiritus etwas fester, loco ohne Faß $14\frac{2}{3}$ Rt. bez, August-September $14\frac{1}{12}$, $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$ Rt. bez. u. Br., September-Oktober do. Oktober-Novbr. 14 Rt. Br., Frühjahr $14\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Br.

Angemeldet: (gestern noch 50 W. Weizen) 30,000 Qrt. Spiritus.

Hamburg, 16. August. Getreidemarkt fest. Weizen loco und ab Auswärts 1—2 Thlr. höher bezahlt, auf Termine anfangs höher, pr. Aug.-September 5400 Pfd. netto 128 Bankothaler Br., 127 Gd., pr. Septbr.-Oktober $121\frac{1}{2}$ Br. u. Gd. Roggen fest, doch ruhig, pr. August-September 5000 Pfd. Brutto 75 Br., 74 Gd., pr. September-Oktober $75\frac{1}{2}$ Br., 75 Gd. Oel pr. August 26 Br., pr. Oktober $26\frac{1}{4}$ bez., stille. Kaffee fest, 7000 Sack diverse Sorten verkauft. Zink unverändert. — Wetter veränderlich.

Stettin, den 17 August.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	$151\frac{7}{8}$ bz	Used.-Wollin.		
"	2 Mt.	151 G	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	144 G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 bz
London	10Tag.	6 $25\frac{1}{2}$ bz	Pr. See-Assec.-		
"	3 Mt.	6 $22\frac{1}{2}$ B	Comp.-Act.	4	
Paris	10 Tg.	$81\frac{1}{6}$ G	Pomerania	4	106 G
"	2 Mt.	—	Union	4	$100\frac{1}{2}$ G
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt	—	Zuckers.-Act.	5	
St. Petersbg.	3 Wch.	$79\frac{7}{8}$ G	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	5	Lomb. $5\frac{1}{2}$ %	Fabrik-Anth.	4	
Sts.-Anl.5457	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower "	4	
" "	5	—	Walzmühl-A.	5	
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	Fabrik	4	
Pomm.Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	Stett. Dampf		
" "	4	—	Schlepp-Ges.	5	300 B
" Rentenb	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt.P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C	4	94 B
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	$100\frac{1}{2}$ B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	86 B
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
" "	$4\frac{1}{2}$	—	mühlen-Ges.	4	94 G
Starg.-P.E.A.	$3\frac{1}{2}$	—	Pommerensd.		
" Prior.	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Banges.-Anth.	5	—

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.